

BFB

## Freie Berufe im Koalitionsvertrag



BFB-Präsident Friedemann Schmidt zum Auftakt der Kampagne am Deutschen Bundestag

Die neue Bundesregierung hat die Amtsgeschäfte aufgenommen. Leitfaden ihrer Arbeit ist der Koalitionsvertrag, den die erste Ampel auf Bundesebene mit „Mehr Fortschritt wagen“ überschrieben hat. Das BFB-Team hat das rot-grün-gelbe Kompendium durchgearbeitet. Die Koalitionsverhandlungen hatte der BFB zuvor mit einer Kampagne begleitet.

### „Freie Berufe: Wir tragen Verantwortung!“

Diese Botschaft verknüpft die vier Bildmotive, die der BFB in Kooperation mit der Bundeszahnärztekammer entwickelt hat. Sie basieren auf den gemeinsamen Positionen, die der BFB zusammen mit seinen Mitgliedsorganisationen zu den Bundestagswahlen 2021 formuliert hatte. Sie umspannen die Themen Bürokratieabbau, Agilität, Kompetenz sowie KI/Datenschutz.

Die Motive waren Anfang November 2021 im Umfeld der Messe Berlin, einem Austragungsort der Koalitionsverhandlungen, und im Umfeld des Deutschen Bundestages für je eine Woche zu sehen.

Die Bundesregierung beschrieb ihren Kurs im Koalitionsvertrag, im konkreten Regierungshandeln wird sich herauskristalisieren, wie viele Herausforderungen sie für die Freien Berufe bereithält. Die Freien Berufe sind als Gruppe adressiert, ebenso Teile der Heilberufler, der beratenden, der planenden und der künstlerischen Berufsgruppen. Grundsätzlich begrüßt der BFB das Bekenntnis zu den Freien Berufen, die Rückendeckung für das hiesige System „Freier Beruf“ auf europapolitischem Parkett, Erklärungen zur Fachkräftegewinnung, zu Selbstständigkeit und Gründung sowie zur Alterssicherung: Letztere stellen die bestehenden Strukturen der berufsständischen Versorgung nicht infrage und geben der betrieblichen Alterssicherung im Rahmen des Sozialpartnermodells Impulse.

## BFB-Auswertung des Koalitionsvertrages

### Freie Berufe allgemein

- Im Wirtschaftskapitel ist eine Passage überschrieben mit: „Mittelstand, Handwerk und Freie Berufe“. Darin heißt es: „Unsere Wirtschaftspolitik setzt auf zukunftsorientierte Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen Mittelstand, für ein starkes Handwerk und für Freie Berufe. Hierfür werden wir die Beteiligungsmöglichkeiten von kleinen und mittleren Betrieben an Vergabeverfahren stärken. Förderprogramme und Investitionszuschüsse sollen vor allem für kleine und mittlere Unternehmen und Selbstständige deutlich einfacher zu beantragen und zu dokumentieren sein. Dafür werden wir sie digitalisieren, evaluieren und bedarfsgerecht ausgestalten.“
- Ebenso werden die Freien Berufe im Kapitel zu „Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt“ adressiert. Darin heißt es: „In den Mitgliedstaaten haben sich insbesondere bei freien Berufen unterschiedliche Systeme von Leistungserbringung, Selbstverwaltung und Selbstkontrolle herausgebildet. Diese Unterschiede gilt es bei Rechtsakten der EU zu berücksichtigen.“
- „Wir erweitern den Rechtsrahmen für Legal Tech-Unternehmen, legen für sie klare Qualitäts- und Transparenzanforderungen fest und stärken die Rechtsanwaltschaft, indem wir das Verbot von Erfolgshonoraren modifizieren und das Fremdbesitzverbot prüfen.“
- „Wir wollen die Honorarordnung für Architekten (HOAI) reformieren und die Leistungsbilder anpassen.“

- „Die Wirtschaftsprüfung ist von großem öffentlichem Interesse. Wir wollen die Unabhängigkeit der Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer weiter stärken und der hohen Konzentration auf dem Abschlussprüfungsmarkt mit geeigneten Maßnahmen, beispielsweise bei der öffentlichen Auftragsvergabe, entgegenreten.“
- „Wir werden die bereits eingeführte Mitteilungspflicht für grenzüberschreitende Steuergestaltungen auch auf nationale Steuergestaltungen von Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 10 Millionen Euro ausweiten.“

### Datenschutz

- „Das Recht auf Anonymität sowohl im öffentlichen Raum als auch im Internet ist zu gewährleisten.“
- „Vorratsdatenspeicherung so ausgestalten, dass Daten rechtssicher anlassbezogen und durch richterlichen Beschluss gespeichert werden können.“
- „Die Potenziale von Daten für alle heben wir, indem wir den Aufbau von Dateninfrastrukturen unterstützen und Instrumente wie Datentreuhänder, Datendrehscheiben und Datenspenden gemeinsam mit Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf den Weg bringen. (...) Ein Dateninstitut soll Datenverfügbarkeit und -standardisierung vorantreiben (...) Datengesetz schaffen.“
- Der „Datenschutzkonferenz im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) (...) wollen wir rechtlich, wo möglich, verbindliche Beschlüsse ermöglichen. Wir schaffen Regelungen zum Beschäftigtendatenschutz.“



BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki zum Auftakt der Kampagne an der Berliner Messe, einem Ort der Koalitionsgespräche

## Digitalisierung

- „Die Weiterentwicklung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) geht mit einer ausreichenden Folgefinanzierung einher, mit der eine klare Standardisierung und Vereinheitlichung von IT-Verfahren nach dem Einer-für-alle-Prinzip (EfA) unterstützt wird.“
- „Auf Basis einer Multi-Cloud Strategie und offener Schnittstellen sowie strenger Sicherheits- und Transparenzvorgaben bauen wir eine Cloud der öffentlichen Verwaltung auf.“
- „Ein vertrauenswürdigen, allgemein anwendbares Identitätsmanagement sowie die verfassungsfeste Registermodernisierung haben Priorität.“
- „Wir stärken digitale Bürgerrechte und IT-Sicherheit. Sie zu gewährleisten ist staatliche Pflicht („security-by-design/default“).“
- „Allgemeine Überwachungspflichten, Maßnahmen zum Scannen privater Kommunikation und eine Identifizierungspflicht lehnen wir ab.“
- „Wir schaffen die rechtlichen Rahmenbedingungen für elektronische Verfahren zur Anzeigenerstattung und für private Verfahren und ermöglichen richterlich angeordnete Accountsperrern.“
- „Öffentliche Rechenzentren führen bis 2025 ein Umweltmanagementsystem nach EMAS (Eco Management and Audit Scheme) ein.“
- „Wir beschleunigen die Einführung der elektronischen Patientenakte (ePA) und des E-Rezeptes sowie deren nutzenbringende Anwendung und binden beschleunigt sämtliche Akteure an die Telematikinfrastruktur an. Alle Versicherten bekommen DSGVO-konform eine ePA zur Verfügung gestellt; ihre Nutzung ist freiwillig (opt-out)“

## Künstliche Intelligenz

- „Wir setzen auf einen mehrstufigen risikobasierten Ansatz, wahren digitale Bürgerrechte, insbesondere die Diskriminierungsfreiheit, definieren Haftungsregeln und vermeiden innovationshemmende ex-ante-Regulierung.“
- „Setzen bei KI auf europäische Ökosysteme.“
- „Biometrische Erkennung im öffentlichen Raum sowie automatisierte staatliche Scoring Systeme durch KI sind europarechtlich auszuschließen.“
- „Zugang zu Daten sehr großer Plattformen für Forschungszwecke und die Überprüfbarkeit ihrer algorithmischen Systeme sicherstellen.“



Kampagnen-Motiv KI/Datenschutz

- „Zentrale Zukunftsfelder sind unter anderem (...) technologische Souveränität und die Potentiale der Digitalisierung, z. B. in Künstlicher Intelligenz und Quantentechnologie, für datenbasierte Lösungen quer durch alle Sektoren.“
- „Bei der Gestaltung von KI in der Arbeitswelt setzen wir auf einen menschenzentrierten Ansatz, soziale und wirtschaftliche Innovation ebenso wie Gemeinwohlorientierung.“

## Effizienter Staat/Lobbyregister

- „Planung, Genehmigung und Umsetzung deutlich beschleunigen. Auch die Wirtschaft soll in der Verwaltung einen Verbündeten haben.“
- „Wir werden (...) Planungs- und Genehmigungsverfahren modernisieren, entbürokratisieren und digitalisieren sowie die Personalkapazitäten verbessern. (...) Unser Ziel ist es, die Verfahrensdauer mindestens zu halbieren.“
- „Staatliches Handeln soll schneller und effektiver werden und wirtschaftliche wie gesellschaftliche Innovationsprozesse befördern und einbinden.“
- „Wir wollen die Qualität der Gesetzgebung verbessern. Dazu werden wir neue Vorhaben frühzeitig und ressortübergreifend, auch in neuen Formaten, diskutieren. Wir werden dabei die Praxis und betroffene Kreise (...) besser einbinden.“
- „Wir wollen die öffentlichen Vergabeverfahren vereinfachen, professionalisieren, digitalisieren und beschleunigen. (...) zentrale Plattform schaffen, über die alle öffentlichen Vergaben zugänglich sind.“
- „Wir werden das Lobbyregistergesetz nachschärfen, Kontakte zu Ministerien ab Referentenebene einbeziehen und den Kreis der eintragungspflichtigen Interessenvertretungen grundrechtsschonend und differenziert

erweitern ... (wir) werden Einflüsse Dritter im Rahmen der Vorbereitung von Gesetzesvorhaben und bei der Erstellung von Gesetzentwürfen umfassend offenlegen (sog. Fußabdruck).“

## Bürokratieabbau

- Neues Bürokratieentlastungsgesetz.
- „Die ressortübergreifende „One-in-one-out“-Regelung setzen wir konsequent fort.“
- Entwicklung eines systematischen Verfahrens zur Überprüfung des bürokratischen Aufwands von Gesetzen und Regelungen, das eine regelmäßige Einbeziehung der Stakeholder vorsieht (Praxischeck).
- „Once-Only“-Prinzip“ auf EU-Ebene.
- „Im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens soll die Möglichkeit der digitalen Ausführung geprüft werden (Digitalcheck). Wir werden ein Zentrum für Legistik errichten.“
- „Das bereits beschlossene Unternehmens-Basisdatenregister soll schnell umgesetzt und dessen Finanzierung gesichert werden. Wir werden prüfen, inwiefern wir den Aufwand für und durch die rein elektronische Aufbewahrung von Belegen und Geschäftsunterlagen verringern können.“
- „Wir überprüfen das SGB V und weitere Normen hinsichtlich durch technischen Fortschritt überholter Dokumentationspflichten.“



Kampagnen-Motiv Bürokratieabbau

## Nachhaltigkeit

- „Im Dialog mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden wollen wir eine „Allianz für Transformation“ schmieden.“
- „Wir wollen die Potentiale der Digitalisierung für mehr Nachhaltigkeit nutzen.“
- „Wir wollen im Jahreswirtschaftsbericht eine Wohlstandsberichterstattung integrieren, die neben ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Dimensionen des Wohlstands erfasst.“
- „Es gilt, die soziale Marktwirtschaft als eine sozial-ökologische Marktwirtschaft neu zu begründen.“

## Gleichwertige Lebensverhältnisse

- „Zu guten Lebensbedingungen gehören bezahlbares Wohnen, schnelles Internet, eine erreichbare Gesundheitsversorgung und alltagstaugliche, nachhaltige Mobilitätsangebote.“
- „Im ländlichen Raum bauen wir Angebote durch Gemeindefachkräften und Gesundheitslotsen aus.“
- „Wir stellen gemeinsam mit den KVen die Versorgung in unterversorgten Regionen sicher.“
- „Wir novellieren das ‚Gesetz zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheken‘.“
- „Wir werden ein „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ mit allen wichtigen Akteuren schließen.“

## Bildung

- „Wir wollen eine Ausbildungsgarantie, die allen Jugendlichen einen Zugang zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung ermöglicht, stets vorrangig im Betrieb. Wir führen die Allianz für Ausbildung fort.“
- „Die Einstiegsqualifizierung, die assistierte Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen und Verbundausbildungen bauen wir aus.“
- „In Regionen mit erheblicher Unterversorgung an Ausbildungsplätzen initiieren wir bedarfsgerecht außerbetriebliche Ausbildungsangebote in enger Absprache mit den Sozialpartnern.“
- Förderinitiative zur Stärkung von Menschen mit Migrationsgeschichte im Ausbildungsmarkt.
- „Wir bringen eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung auf den Weg, u. a. bauen wir InnoVet aus und öffnen die Begabtenförderungswerke des Bundes für die berufliche Bildung.“





Kampagnen-Motiv Kompetenz

- Verbesserung der Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.
- „Die Nationale Online Weiterbildungsplattform und die Bildungsplattform werden weiterentwickelt, verzahnt und verstetigt.“
- Ein neuer Digitalpakt 2.0 für die Schulen mit Laufzeit bis 2030.
- Reform des BAföG, elternunabhängigen Garantiebetrag im Rahmen der Kindergrundsicherung direkt an volljährige Anspruchsberechtigte auszahlen, deutliche Erhöhung der Freibeträge, Altersgrenzen anheben, Studienfachwechsel erleichtern.

## Fachkräftesicherung

- „Die nötigen Fachkräfte wollen wir durch bessere Bildungschancen, gezielte Weiterbildung, die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung sowie durch eine Modernisierung des Einwanderungsrechts gewinnen.“
- Weiterentwicklung der Fachkräftestrategie und der Weiterbildungsstrategie.
- Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen.
- Einwanderungsrecht weiterentwickeln, bewährte Ansätze des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes wie die Westbalkanregelung entfristen.
- Einführung einer Chancenkarte auf Basis eines Punktesystems, Blue Card auf nicht-akademische Berufe ausweiten.
- „Hürden bei der Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen aus dem Ausland absenken, Bürokratie abbauen und Verfahren beschleunigen.“
- „Zugleich werden wir durch unsere Maßnahmen zur Fachkräftesicherung dem Personalmangel im Gesundheitswesen entgegenwirken.“

- „Wir wollen Geduldeten in der Ausbildung und ihren Betrieben mehr Rechtssicherheit durch eine Aufenthaltserlaubnis (§ 60 c AufenthG) verleihen. Die Beschäftigungsduldung wollen wir entfristen und Anforderungen realistisch und praxistauglicher fassen.“
- Abschaffung der „Duldung light“.

## Arbeitsmarkt

- „Beschäftigte in geeigneten Tätigkeiten erhalten einen Erörterungsanspruch über mobiles Arbeiten und Homeoffice. Arbeitgeber können dem Wunsch der Beschäftigten nur dann widersprechen, wenn betriebliche Belange entgegenstehen.“
- Wir „wollen (...) Gewerkschaften und Arbeitgeber dabei unterstützen, flexible Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen. Wir halten am Grundsatz des 8-Stunden-Tages im Arbeitszeitgesetz fest. (...) Im Dialog mit den Sozialpartnern prüfen wir, welchen Anpassungsbedarf wir angesichts der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum Arbeitszeitrecht sehen.“
- Arbeitsverbote für bereits in Deutschland Lebende abschaffen.

## Gründung/Nachfolge

- „Hürden für Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund beim Zugang zu Finanzierungen und Förderungen bauen wir ab.“
- Wir ermöglichen einen vereinfachten, rechtssicheren Zugang für Startups und junge Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen.“
- „Wir werden Gründungen aus allen Lebenslagen und eine Kultur der zweiten Chance unterstützen und dafür ein neues Förderinstrument schaffen, das auch für Unternehmensnachfolgen offensteht.“
- „Wir schaffen die Voraussetzungen für flächendeckende „One Stop Shops“, also Anlaufstellen für Gründungsberatung, -förderung und -anmeldung. Ziel ist es, Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden zu ermöglichen.“
- „Die Förderprogramme wie „Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)“, „Industrielle Gemeinschaftsforschung für Unternehmen (IGF)“, „INNO-KOM“, „go-digital“ und „Digital Jetzt“ sowie das „Innovationsprogramm für Geschäftsmodelle und Pionierlösungen (IGP)“ werden wir weiterentwickeln.“

- „Für einen echten Innovationsschub müssen wir Ausgründungen vorantreiben.“
- „Wir wollen den Anteil von Gründerinnen im Digitalsektor erhöhen. Dafür schaffen wir ein Gründerinnen-Stipendium.“
- „Die KfW soll stärker als Innovations- und Investitionsagentur wirken.“
- „Wir erarbeiten eine nationale Strategie für Sozialunternehmen, um gemeinwohlorientierte Unternehmen und soziale Innovationen stärker zu unterstützen.“
- „Wir erleichtern die Gründung von Gesellschaften, indem wir die Digitalisierung des Gesellschaftsrechts vorantreiben und Beurkundungen per Videokommunikation auch bei Gründungen mit Sacheinlage und weiteren Beschlüssen erlauben.“



Kampagnen-Motiv Agilität

## Soziale Sicherung, Rente, Altersvorsorge

- „Wir werden für alle neuen Selbstständigen, die keinem obligatorischen Alterssicherungssystem unterliegen, eine Pflicht zur Altersvorsorge mit Wahlfreiheit einführen.“
- „Selbstständige sind in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert, sofern sie nicht im Rahmen eines einfachen und unbürokratischen Opt-Outs ein privates Vorsorgeprodukt wählen. Dieses muss insolvenz- und pfändungssicher sein und zu einer Absicherung oberhalb des Grundsicherungsniveaus führen. Bei jeder Gründung gilt jeweils eine Karenzzeit von zwei Jahren.“

- „Wir halten das Rentenniveau stabil, erweitern die gesetzliche Rentenversicherung um eine teilweise Kapitaldeckung und werden das System der privaten Altersvorsorge grundlegend reformieren.“
- „Die betriebliche Altersversorgung wollen wir stärken.“
- Erleichterter Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung für Selbstständige und Gründer.
- Statusfeststellungsverfahren beschleunigen und verbessern, Rechtssicherheit schaffen.
- Zur Unterstützung von Solo-Selbstständigen die Neustarthilfe im Rahmen der Überbrückungshilfe III Plus so lange wie benötigt fortführen.
- „Werkverträge und Arbeitnehmerüberlassung sind notwendige Instrumente.“
- „Um auch bei zukünftigen schweren Krisen, die zu nicht selbst verantworteten Erwerbsausfällen führen, Selbstständigen auch bei der Finanzierung ihrer Lebensunterhaltskosten schneller und besser helfen zu können, treffen wir Vorsorge für steuerfinanzierte Wirtschaftshilfen.“
- „Wir werden die konkreten Rückzahlmodalitäten der Corona-Hilfen prüfen.“

## Steuern

- „Wir wollen die erweiterte Verlustverrechnung zeitlich bis Ende 2023 verlängern und den Verlustvortrag auf die zwei unmittelbar vorangegangenen Veranlagungszeiträume ausweiten.“
- „Superabschreibung“ von Investitionen in den Klimaschutz und die Digitalisierung in den nächsten beiden Jahren ermöglichen.

## Europa

- „Wir wollen das Europäische Parlament (EP) stärken, z. B. beim Initiativrecht.“
- „Wir unterstützen ein einheitliches europäisches Wahlrecht mit teils transnationalen Listen und einem verbindlichen Spitzenkandidatensystem.“
- „Wir werden europäisches Recht bürokratiearm und bürgernah umsetzen. Ebenso machen wir uns auf europäischer Ebene für mittelstandsfreundliche Lösungen stark (KMU-Test).“
- „Bestimmte Dienstreisen wollen wir von der Notifizierungspflicht zur A1-Bescheinigung ausnehmen, wenn vor Ort keine Dienstleistungen erbracht oder Güter veräußert werden.“